

Rede von
Christian Lindner MdL, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion
zur 3. Lesung des Landeshaushaltes 2017
am 14. Dezember 2016 im Düsseldorfer Landtag

bearbeitete Mitschrift

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Norbert Römer hat gegen Ende seiner Rede einen Appell an uns alle gerichtet, für den er den Beifall des gesamten Hauses bekommen hat. **Gewalt und Einschüchterung dürfen keine Mittel der demokratischen Auseinandersetzung in Deutschland sein.**

Wir können, wir sollen, ja wir müssen uns auch mit Härte auseinandersetzen. Es gehört zum Wesen der Demokratie und der freien Wahlentscheidung, dass es überhaupt Wahlalternativen gibt, die klar herausgearbeitet werden. **Aber wir wollen in Deutschland keine politische Kultur der Verrohung, bei der es nicht um Profile für politische Positionen geht, sondern am Ende um die Vernichtung des politischen Gegners. Das können wir nicht wollen.**

Obwohl ich gleich keine Samthandschuhe anziehen will, will ich zu Beginn meiner Rede nach Ihrem Schlussappell, Herr Kollege Römer, mein Angebot vom gestrigen Tag, das die SPD auf Bundesebene für den Bundestagswahlkampf ebenfalls öffentlich geäußert hat, wiederholen: **ein Fairnessabkommen zu treffen, bei dem es zwar darum geht, unterschiedliche Positionen und unterschiedliche Werte gegeneinanderzustellen, damit die Menschen entscheiden können, wem sie eher vertrauen, aber auf persönliche Verunglimpfung, Lüge und Demagogie zu verzichten.** All diejenigen, die sich daran nicht beteiligen werden, geben den Wählerinnen und Wählern bereits einen Hinweis, dass sie nichts Gutes im Schilde führen.

Herr Römer, ich schätze Sie als einen Mann, der weiß, was im Lande vorgeht. Sie haben auch unseren kollegialen Respekt. Aus diesem Grund habe ich sehr aufmerksam zugehört, was Sie heute vorgetragen haben. Sie haben Nordrhein-Westfalen in wirklich beeindruckenden, schillernden Farben dargestellt. An einer Stelle sprachen Sie von einer weltweiten Spitzengruppe, der wir angehören würden. Von Helmut Schmidt stammt der Satz: Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen. Ich muss Ihnen sagen: Wenn manche geglaubt haben, es gebe in der Sozialdemokratie einen Mangel an Visionen, so haben Sie diese Kritiker eines Besseren belehrt. Denn Sie haben tatsächlich eine visionäre Rede gehalten. **Bedauerlicherweise haben sich die Visionen nicht auf die Zukunft, sondern auf die Wahrnehmung der Gegenwart konzentriert, verehrter Kollege Römer.** Denn so, wie Sie es dargestellt haben, sehen wir es nicht. Wie haben Sie gerade – mit Blick auf die auch von uns geteilten Vorschläge, Studienbeiträge wieder einzuführen – versucht, Armin Laschet hier vorzuführen. Sie haben das dargestellt, als sei es eine große zivilisatorische Errungenschaft von Grünen und Sozialdemokraten gewesen, auf die Studienbeiträge zu verzichten.

Zugleich haben Sie die Bedeutung von Bildung und Innovation – als Voraussetzung für Wachstum und auch individuellen Wohlstand – für die Zukunft des Landes Nordrhein-Westfalen hervorgehoben. Wie passt das zusammen? Seit 2010 müssen die Professorinnen und Professoren an den Hochschulen wesentlich mehr Studierende betreuen. Waren es 2010 an der Universität zu Köln noch gut 85 Studierende pro Professor, so sind es jetzt bald 100. Die AOK kommt in einer bundesweiten Vergleichsstudie deshalb zum Ergebnis: Nirgendwo sonst in Deutschland ist Studieren so stressig wie in Nordrhein-Westfalen. **Sie haben die Studienbeiträge abgeschafft, aber gezahlt dafür haben die jungen Menschen selbst, nämlich durch ein schlechteres und stressigeres Studium.** Und dafür erwarten Sie noch Dank! Genau diese konzeptionellen Alternativen werden wir im nächsten Jahr ja diskutieren.

Das werden wir beispielsweise auch bei der Frage der Gebührenfreiheit von Kindertageseinrichtungen machen. Da sind ja übrigens Grüne und Sozialdemokraten, wenn ich die Wahlprogramme richtig wahrgenommen habe, gar nicht einer Meinung. Ich sage Ihnen: Ja, das Ziel des gebührenfreien Kitabesuches wird auch von uns geteilt. Dabei geht es nicht um eine Entlastung von Gering- und Normalverdienern, sondern um eine Entlastung von Familien mit gutem Einkommen. Deshalb ist das Ziel der Gebührenfreiheit der Kitas für uns auch eine Vision. Wir leben aber eben nicht im Paradies, sondern wir müssen uns zwischen unterschiedlichen Prioritäten entscheiden.

In der „Rheinischen Post“ stand heute etwas bezüglich des Aufholbedarfs bei der U3-Betreuung. Weil wir sehen, was qualitativ hinsichtlich der Bildung vor der Einschulung – auch zum Beispiel im Bereich der Sprachförderung – bei uns noch getan werden muss, sagen wir den Bürgerinnen und Bürgern: **Ja, auch wir teilen das Ziel der Gebührenfreiheit des Kitabesuchs. Als Allererstes aber wollen wir die Qualität für eure Kinder besser machen. Erst das eine, dann das andere.**

Über die Wahrnehmung der Gegenwart werden wir im nächsten Frühjahr sprechen. Da gibt es Unterschiede. Das zeigt sich auch an ganz grundlegenden Zahlen und Zielen. So hat die Frau Ministerpräsidentin in einem Interview mit dem in Berlin erscheinenden „Tagesspiegel“ vor einigen Wochen gesagt, in Nordrhein-Westfalen werde der Schuldenabbau nicht vernachlässigt. **Wenn man die nüchternen Zahlen sieht, Frau Ministerpräsidentin, muss man eine politische Wahlverwandtschaft mit Alexis Tsipras annehmen.**

Auf der Homepage der Grünen – ich zitiere – heißt es: „Wir stehen in der Verantwortung, unseren Kindern und Enkelkindern keinen Schuldenberg zu hinterlassen.“ **Tatsache ist, dass seit 2010 19 Milliarden Euro zusätzlich auf genau diesen Schuldenberg draufgeschüttet worden sind. Schuldenstand: 143 Milliarden Euro! Das ist die Schlussbilanz des Kabinetts Kraftikakis! Griechische Verhältnisse am Rhein! Keine Rede von Schuldenabbau!**

Wir haben Rekordeinnahmen von bald 55 Milliarden Euro. Vor allen Dingen haben wir ein historisch tiefes Zinsniveau. Zu meinen Lebzeiten werden die folgenden makroökonomischen Bedingungen – allein aufgrund des demografischen Wandels – nicht mehr zusammenkommen: niedriger Zins, künstlich niedriger Außenwert des Euro, Babyboomer alle noch voll im Erwerbsleben und günstige Rohstoffpreise. Trotzdem machen Sie noch 1,6 Milliarden Euro neue Schulden.

Dann kommt noch die versteckte Kreditaufnahme dazu: Das bringt 300 Millionen Euro in die Landeskasse, die Sie weniger für den BLB ausgeben müssen. Die versteckte Kreditaufnahme durch die NRW.BANK bringt 500 Millionen Euro an Entlastung für den Landeshaushalt. Und die geschröpften Zuführungen für die Pensionsvorsorge machen 600 Millionen Euro aus. Da hinten sitzt Frau Dr. Mandt vom Landesrechnungshof, die das kritisiert hat. **Insgesamt ist das Defizit Ihrer Politik also eigentlich um 1,4 Milliarden Euro höher, als Sie angeben. Das zeigt das Risiko auf.**

Jetzt deutet sich eine Zinswende in den Vereinigten Staaten an. Sie wird zu uns kommen. Das DIW sagt: Die prosperierend steigenden Staatseinnahmen sind kein Naturgesetz, das ist keine Garantie auf Dauer. Und trotz dieses einmaligen Umfeldes gelingt es Ihnen nicht, auf Neuverschuldung zu verzichten. Vielmehr müssen Sie auch noch Bilanzkosmetik machen. **Das zeigt eines: Nicht in schlechten Zeiten ruiniert man den Haushalt, sondern in den guten, in den Boomzeiten ruiniert man ihn, weil nicht hinreichend Vorsorge getroffen wird. Für diese politische Weisheit sind Sie das Schulbeispiel!**

Wir brauchen jetzt einen Politikwechsel. Die notorische Wachstumsschwäche des Landes muss angegangen werden. Es müssen bürokratische Bremsen gelöst werden. Der Staat muss sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren und, was diese betrifft, handlungsfähig gemacht werden. **Vor allen Dingen muss diesem Land wieder Lust auf Leistung und Innovation gemacht werden. Dann hat es eine Zukunft.**

Seit der ersten Lesung des Haushalts ist Ihre Bilanz nicht besser geworden – im Gegenteil! **Zahlreiche Analysen und Studien haben unsere Sorgen und Bedenken, dass Nordrhein-Westfalen unter rot-grüner Verantwortung abgehangen ist, bestätigt.** In einer Vergleichsstudie des „Focus“ liegen die nordrhein-westfälischen Städte ganz hinten, denn das Insolvenzrisiko ist insbesondere hier an Rhein und Ruhr am höchsten.

Auch das Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln hat Defizite offengelegt. Dann spricht die Landesregierung in Gestalt von Herrn Duin davon, dass sei alles ein Zerrbild. Während die Menschen hier im Land Anschluss verlieren und den Menschen Chancen genommen werden, sprechen Sie von einem Zerrbild. Ganz konkret sagen die Zahlen etwas anderes. **Die Kaufkraft der Menschen in Nordrhein-Westfalen liegt unter dem Bundesdurchschnitt. Und das ist das Ergebnis der Wachstumsschwäche des Landes Nordrhein-Westfalen.**

Sie versuchen seit geraumer Zeit, Frau Kraft, Herr Duin, eine Charmeoffensive gegenüber der Wirtschaft. **Fakt ist aber: Im Regierungshandeln hat diese Regierung seit 2010 wirklich alles getan, um Unternehmer und Unternehmen abzuschrecken.**

Ob Tariftreue- und Vergabegesetz oder Landeswassergesetz oder Landesentwicklungsplan: **Dieses Land hat sich in den grünen Lianen eines Paragrafendschungels verfangen. Und daraus muss dieses Land wieder befreit werden. Das ist die Aufgabe.**

Wir verkennen nicht, dass wesentliche Stellschrauben für die wirtschaftliche Entwicklung Nordrhein-Westfalens in Berlin gedreht werden, etwa die Energiepolitik, die das Energieland Nordrhein-Westfalen offensichtlich geschwächt hat. Ihre Landesregierung, Frau Ministerpräsidentin, hat zu Anfang der Legislaturperiode angekündigt, dass sie einen Masterplan Energiewende vorlegen wollte. Darauf warten wir bis heute. Dem ist nichts gefolgt – im Gegenteil. Jetzt will der Bundesminister für Wirtschaft bundesweit die Netzentgelte vereinheitlichen. Das bedeutet wieder 500 Millionen Euro Belastung für Mittelstand und Industrie in Nordrhein-Westfalen. **Wo ist die Stimme dieses Landes in Berlin, um das zu verhindern? Wo ist die?**

Die Steuer- und Abgabenpolitik des Bundes nimmt den Menschen Raum für Vorsorge und Investitionen, Herr Römer. Wenn Sie etwas für die Klein- und Geringverdiener tun wollen: Es ist nicht der Kitabeitrag. Der ist sozial gestaffelt. Da zahlt keine Krankenschwester 4.000 Euro. **Wenn Sie für die etwas tun wollen, dann sorgen Sie dafür, dass die Pläne von Frau Nahles, dass die Rentenversicherung bald 25 % Beitrag erfordert, aus dem Verkehr gezogen werden. Da können Sie etwas tun für die Menschen mit kleinem Einkommen. Nichts und keine Initiative aus Düsseldorf – im Gegenteil! Diese Landesregierung hat die Lage noch verschärft, zum Beispiel durch die Erhöhung der Grunderwerbsteuer.**

Frau Ministerpräsidentin, Sie beklagen die Zuwanderungspolitik des Bundes jüngst wieder hinsichtlich der Möglichkeiten der Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern. Ihre Landesregierung ist aber offensichtlich gegenüber dem Bundesminister des Inneren so einflusslos, dass es immer noch keine tragfähigen Rückführungsabkommen in den Maghreb-Raum gibt. **Das ist doch auch Ihre Bundesregierung. Wenn Sie die kritisieren, dann ist das auch die von Ihnen mitgetragene Regierung. Also tun Sie da etwas! Offensichtlich hat Ihr Wort da kein Gewicht.**

Sich integrierende Familien werden wir bald wieder abschieben, aber die Kriminellen werden wir nicht los, weil wir immer noch kein modernes Einwanderungsgesetz haben. Wo ist der NRW-Entwurf eines modernen Einwanderungsgesetzes, das diesen Irrsinn beendet? Da schüttelt die Ministerpräsidentin mal wieder so den Kopf: Diese Opposition, was fordert die denn? Nehmen Sie sich ein Beispiel an Bayern, aber mit umgekehrten Vorzeichen! Die Bayern sind in der Debatte voll präsent und treiben die Bundesregierung, leider zu oft auch in die falsche Richtung. **Machen Sie sich die zum Vorbild, aber**

beanspruchen Sie die Meinungsführerschaft in progressiver, in moderner Hinsicht und hören Sie auf zu lachen, sondern handeln Sie endlich in dieser Frage! Das erwarten die Menschen von Ihnen.

Im Ruhrgebiet gehen Ihnen doch Ihre eigenen Leute von der Fahne, weil sie das Gefühl haben, dass Sie genau diese Fragen von Einwanderung und Zuwanderung und Rechtsstaatlichkeit nicht ernst nehmen. Sie lachen hier, Sie gehen in Fernsehsendungen, aber Sie ergreifen keine tragfähige Initiative, um die Probleme zu lösen. **Mit Ihren Lichterketten kriegt man die Rechtspopulisten nicht klein. Die kriegt man nur klein mit Problemlösungen. Machen Sie das!**

Es ist nicht nur Oppositionsgebölk, wie Sie gleich sagen werden. Selbst Wissenschaftler attestieren Ihnen doch, dass Nordrhein-Westfalen bundespolitisch an Gewicht verloren hat. Seit Jahren – Zitat – lasse Nordrhein-Westfalen wichtige Impulse für die Bundespolitik vermissen, etwa in Form von innovativen Gesetzesvorlagen für den Bundesrat, so Karl-Rudolf Korte und Ulrich von Alemann. **Weil die rot-grüne Regierung nicht groß denkt, macht sie unser Land systematisch klein und kann die Interessen dieses größten Bundeslandes in Berlin nicht durchsetzen.**

Und um das zu verdecken, kommt es dann zu Übersprunghandlungen wie neulich bei der Veranstaltung in Düsseldorf, als die Ministerpräsidentin sagte, dass sie in die Geheimnisse der Geschichte eingeweiht sei und wisse, wer der nächste SPD-Kanzlerkandidat wird. Das haben Sie ja getan. Das finde ich bemerkenswert. **Wenn Sie es wissen, sagen Sie es bitte! Wer wird es denn? Wenn Sie es nicht tun, dann täuschen Sie die Menschen und führen Sie an der Nase herum.**

Ich verstehe das ja. Da will man einmal zeigen, dass man in der SPD auch ganz vorne mitentscheidet, dann rutscht einem das so raus. Bedauerlicherweise ist das dann keine vertrauliche Veranstaltung, sondern eine öffentliche. Und so etwas wird dann aufgeschrieben. Da wird man mitkonfrontiert. Das ist Ihnen nicht rausgerutscht? **Das heißt, Sie haben sogar wissentlich gesagt, Sie wüssten, wer der Kanzlerkandidat ist, und teilen es der Öffentlichkeit nicht mit. Was machen Sie da für eine Scharade? Das wüsste ich schon gern.**

Sie konzentrieren Ihren Einfluss auf die Neuregelung des Länderfinanzausgleichs, um aus der Position eines Nehmerlandes in die eines Geberlandes zu wechseln. Wie intensiv Sie dieses Thema vorantreiben, hat Armin Laschet hier bereits dargelegt. **Inzwischen wissen wir aber, dass Sie Ihr Prestigevorhaben offensichtlich nicht umgesetzt haben, denn nach allen Prognoserechnungen wird Nordrhein-Westfalen ein Nehmerland bleiben.**

Wo sind Ihre innovativen Vorschläge, etwa, dafür zu sorgen, dass Nordrhein-Westfalen flächendeckend eine vernünftige Breitbandinfrastruktur bekommt, und zwar nicht erst 2026, in zehn Jahren? **Vor zehn Jahren gab es noch kein iPhone, und Sie sagen: In zehn Jahren wollen wir europäischer Durchschnitt sein.** Schon heute haben 40 % der Bevölkerung Schwedens Zugang zum Glasfasernetz. Wo bleibt ein innovativer Vorschlag von Ihnen? Ich mache einen für Sie: Soll doch der Bund die Beteiligung an der Deutschen Post AG verkaufen und das Geld exklusiv für einen Innovationsfonds im Bereich Glasfaserausbau im ländlichen Raum zur Verfügung stellen. Diesen Vorschlag könnten Sie doch einmal machen. Aber von Ihnen kommt nichts.

Zu den wenigen, wirklich an einer Hand abzuzählenden innovativen Vorschlägen aus Nordrhein-Westfalen gehören die Hygiene-Ampel von Herrn Minister Rempel und das Unternehmensstrafrecht von Herrn Minister Kutschaty. Das ist doch symptomatisch. **Wenn aus NRW neue Ideen kommen, dann taucht darin die Wirtschaft nur in Form von Kriminellen, Halsabschneidern und Betrügern auf. Da muss man sich nicht wundern, wenn ein Bogen um Nordrhein-Westfalen gemacht wird.**

Zur Fairness gehört allerdings, auch positive Entwicklungen zu würdigen. Deshalb möchte ich hier auch durchaus positive Entwicklungen benennen. Der Wirtschaftsminister hat industriepolitische Leitlinien vorgestellt, die in ihrer strategischen Richtung unsere Zustimmung gefunden haben. Es gab einen

großen Bahnhof, auch mit Gerhard Schröder, allerdings offenbar keinen Kabinettsbeschluss. Etwas irritierend ist auch, dass die Ministerpräsidentin im Rahmen der 125-Jahr-Feier des Chemiewerks am Rhein gesagt hat, dass die Leitlinien nur Fortschreibung des Leitsatzes der Landesregierung seit 2010 seien. Wie muss man das dann werten? **Hat sich die Landesregierung sechs Jahre nicht an ihre eigenen Leitlinien gehalten, oder ist das, was Herr Duin vorgestellt hat, alter Wein in neuen Schläuchen, also ein PR-Gag, oder versucht die Ministerpräsidentin einen Konflikt in ihrer Regierung zu überdecken?**

Ein zweites großes Manöver ist natürlich das Bündnis für den Infrastrukturausbau, um die Durchgrünung in diesem Feld zu überwinden. – Aha! Das begrüßen wir natürlich auch sehr, Herr Minister Groschek. Vielleicht hat man jetzt auch ein Gefühl dafür, warum es bei den industriepolitischen Leitlinien keinen Kabinettsbeschluss gegeben hat; denn die Grünen sprechen beim Bündnis für den Infrastrukturausbau öffentlich davon, das sei Verschwendung von Steuermitteln.

Das zeigt: Diese Initiativen sind kein Regierungshandeln, sondern nur SPD-Wahlkampf gegen die Grünen, und zwar dieserlei: Die Fliehkräfte nehmen zu. Während die grüne Spitzenkandidatin und Schulministerin ein Konzept für G8 und G9 vorlegt, lästert man in der SPD über das – Zitat – „schulpolitische Phantasialand“ und eine „Wünsch-Dir-was-Pädagogik“.

Herr Römer, Sie haben hier gerade ebenfalls eine Reform des Gymnasiums angekündigt. Es ist bemerkenswert, dass Ihnen nach fast sieben Jahren Regierungsverantwortung auffällt, dass dort irgendetwas im Argen liegt. **Das Hauptproblem dafür sitzt übrigens auf der Regierungsbank, und das, was im Argen liegt, ist die massive Vernachlässigung der Schulform Gymnasium. Ihre Reform des Gymnasiums sollte ihren Ausgangspunkt mit der Reform der Regierungsbank nehmen. Damit wäre das wesentliche Problem in diesem Feld möglicherweise schneller gelöst als gedacht.**

Aber ich warne Sie beide, Sozialdemokraten und Grüne, vor den Modellen, die Sie vorgelegt haben; denn in Nordrhein-Westfalen gibt es Schulen, die aus unterschiedlichen Gründen mit G8 ein Problem haben. Es gibt regionale Unterschiede, ein schlechtes Management, schlechte Rahmenbedingungen. Es gibt aber auch Schulen, die kein Problem mit G8 haben, bei denen G8 funktioniert. Die wollen nicht zurück zu G9. Das, was Sozialdemokraten und Grüne gleichermaßen – so widersprüchlich es auch sein mag, was SPD und Grüne wollen – vorgelegt haben, in einem Punkt sind sie sich einig: **Sie bringen in jedes Gymnasium wieder Chaos und Unruhe. Wir hingegen wollen die Wahlfreiheit an den Schulen haben. Keine Schule soll gegen ihren Willen ins Chaos gestoßen werden.**

Aber die Fliehkräfte wirken weiter. Während die SPD den Bundesverkehrswegeplan aus Berlin bejubelt und diesen in Berlin mit verabschiedet hat, halten die Grünen ihn für – Zitat – „nicht zukunftsfähig“ und wollen ihn in der nächsten Legislaturperiode im Bund wieder aufschnüren.

Während die SPD auf Industriepartei macht und die Leitentscheidung für Garzweiler heute in Form des Wortes „Geleitschutz“ durch Herrn Römer hervorhebt, untergraben die Grünen das mit ihren Wahlprogrammen, nämlich im Bund mit dem Kohleausstieg schon im Jahr 2025 und hier im Land in 2037. Das heißt, die Verabredung, die Sie hier loben, wird in Wahlprogrammen längst wieder infrage gestellt.

Während die SPD eine zu Recht härtere Gangart im Umgang mit nordafrikanischen Staaten fordert, sprechen die Grünen von Populismus. Während die Grünen ihre ideologische Genderpolitik bis über die Grenze der Verfassungswidrigkeit hinaus beim neuen Dienstrechtsgesetz durchsetzen, winken die Minister Jäger und Walter-Borjans noch schnell massenhaft Beförderungen vor dem Inkrafttreten durch und zeigen damit eindrucksvoll, was sie von ihrer eigenen Regierungspolitik halten.

Während sich die SPD-Vorsitzende Kraft bei jeder sich bietenden Gelegenheit von der Linkspartei und rot-rot-grünen Phantasien abgrenzen will, zeigen sich die Grünen bei jeder Gelegenheit explizit offen für Gespräche nach der Landtagswahl. Das zeigt eines: **Die SPD kann das als richtig Erkannte nicht**

mehr durchsetzen. Im siebten Jahr ihrer Regierung haben sich die Gemeinsamkeiten erschöpft. Deshalb muss diese Regierung im Interesse des Landes abgelöst werden.

Kollege Römer, Sie haben ja eben Armin Laschet kritisiert. Sie sagten, man wüsste das gar nicht so genau, und Bürokratieabbau sei nur so ein Wort usw. **Schauen Sie, es ist auch eine Art des Denkens und eine Art der Herangehensweise an Probleme, die sich ändern muss, eine Frage der Prioritätensetzung.**

Das will ich Ihnen an einem ganz kleinen Vorgang verdeutlichen. Was sich konkret ändern muss, zeigt eine Begebenheit, über die der „Sauerländer Volksfreund“ am 1. Dezember berichtet hat, und zwar unter der Überschrift: „Umweltministerium greift in Genehmigungsverfahren ein!“. Dem Märkischen Kreis reichten Unterlagen zur Artenschutzprüfung für eine Baugenehmigung für ein Windrad nicht aus. Da forderte der Märkische Kreis eine Neukartierung. Bei einem Gespräch zwischen dem Investor und der Kreisverwaltung erschien dann plötzlich auch ein Mitarbeiter aus dem Ministerium Remmel, und zwar aus einer Task Force für genau solche Gespräche. Deren Aufgabe sei es – so teilte das Ministerium dann mit, Zitat –, Probleme bei der Planung und Genehmigung von Anlagen der erneuerbaren Energien abzubauen. Im Ergebnis prüft also nun das LANUV, ob eine Neukartierung nötig ist. Das Ergebnis ahnt man. **Wo war eigentlich diese Task Force, als es um newPark oder um Datteln 4 ging? Wo war da diese Task Force?**

Genau das ist doch die Wahrheit, und genau das ist doch das Problem. **Was ideologisch gewünscht ist, wird ermöglicht. Was nicht in den Kram passt, wird gebremst. Unbürokratisches Handeln braucht dieses Land aber nicht nur bei den grünen Prestigeprojekten, sondern bei allen Vorhaben, die das Land wieder stark machen können.**

Nirgendwo ist das so deutlich geworden wie beim Landesentwicklungsplan. Vor über drei Jahren haben Sie Ihren ersten Entwurf vorgelegt. Es hat harsche Kritik gehagelt von allen Beteiligten an den Inhalten, zum Beispiel den Flächenbegrenzungen, den Siedlungsentwicklungen in kleinen Ortsteilen oder auch den verbindlichen Vorgaben zur Ausweisung von Windkraftgebieten. Jetzt wurden Änderungen am LEP vorgenommen. Aber das Ergebnis, das Sie hier heute verabschieden wollen, ist unverändert ernüchternd. **Denn im LEP fehlt eine Vision für die Zukunft unseres Landes.**

Stattdessen konserviert der Landesentwicklungsplan lediglich den Status quo. Mit dem Grundsatz „Netto null“ nehmen Sie dem Land Nordrhein-Westfalen jede Entwicklungsmöglichkeit. **Aber ein Land mit Wachstumsschwäche kann sich nicht erlauben, auf solche Impulse und Möglichkeiten zu verzichten.**

Auf ein zweites Thema muss ich eingehen, auf das übrigens auch Umweltminister Remmel in einem Interview mit der „Westdeutschen Zeitung“ zu sprechen kam. Nämlich auf die Frage nach den drei größten Erfolgen der Grünen in dieser Legislaturperiode hat er geantwortet – Zitat –: „Die große Aufgabe Inklusion endlich angepackt und den jahrzehntelangen Streit um die Schulstrukturen in einen Schulfrieden verwandelt zu haben.“ **Die Schulpolitik haben die Grünen zwar angepackt, aber richtig im Griff behalten haben sie sie nicht. Aus den Händen geglitten; jetzt liegt alles in Scherben, alles in Trümmern!**

Ein empörter Zuruf, das sei Quatsch. Den will ich gerne, Frau Brems, weiterleiten an die Kinder- und Familienhilfen Michaelshoven als Ihre Antwort auf die Stellungnahme, die wir von dort dieser Tage zugeschickt bekommen haben. Zitat Kinder- und Familienhilfen Michaelshoven: „Manche unserer SuS mit FS GE mit Förderschwerpunkt ‚Geistige Entwicklung‘ an Regelschulen verbringen die Hälfte der Unterrichtszeit mehr oder weniger alleine in einem Nebenraum oder, wenn selbiger fehlt, auf dem Flur. Hintergrund ist die Klassengröße und die Überforderungssituation für alle Beteiligten.“ **Das ist Ihre Umsetzung eines Menschenrechts, Frau Löhrmann? Frau Brems, denen sagen Sie, das sei alles**

Quatsch. Kinder mit geistiger Behinderung verbringen an allgemeinen Schulen den Tag weitgehend unbetreut auf dem Flur. Das hat kein Kind in unserem Land verdient.

Frau Löhrmann, Sie haben aus der guten Idee Inklusion eine Ideologie gemacht. Deshalb brauchen wir jetzt klare Qualitätskriterien, und ein Rechtsanspruch auf Inklusion kann nicht an jeder Regelschule umgesetzt werden. Wir brauchen Schwerpunktschulen, die tatsächlich personell und hinsichtlich ihrer sachlichen Ausstattung dazu in der Lage sind. Vor allen Dingen dürfen wir nicht zulassen, dass unsere Landschaft von Förderschulen, um die uns ganz Europa beneidet, durch Ihre Erlasslage zerschlagen wird.

Ihr Anspruch 2010 war, das Bildungssystem gerechter und leistungsfähiger zu machen. Sie haben einen Schulfrieden ausgerufen, Stichwort „längeres gemeinsames Lernen“. Ihr grünes Prestigeprojekt war die erste Gemeinschaftsschule, die sogenannte Profilschule in Ascheberg. Frau Löhrmann, auf der Website Ihres Ministeriums kann man noch am heutigen Tag dazu lesen – Zitat –: „In Ascheberg gibt es jetzt eine Schule der Zukunft.“ Die Realität ist, wie die „Westfälischen Nachrichten“ am 26. November berichtet haben: Die Schülerzahlen gehen dort zurück, und nun droht, dass die Gemeinde ohne Schulangebot im Sekundarbereich dasteht. **Ihre Schule der Zukunft ist an vielen Stellen eine Schule ohne Zukunft.**

Ihr Preis ist eine massive Fixierung auf einzelne Schulformen gewesen, im Umkehrschluss eine enorme Benachteiligung aller anderen. An vielen Schulen klafft eine massive Lehrerlücke. Bei den Berufskollegs sind es 1.400 Stellen. Trotzdem haben Sie 500 Stellen gestrichen, um vermeintlich Ihre Präventionspolitik zu belegen, obwohl die Aufgaben mit den Flüchtlingen nicht kleiner werden. An Gymnasien beträgt die Lücke mehr als 1.000 Stellen. Das ist die Kienbaum-Lücke, **aber für die Eltern macht es keinen Unterschied, warum der Unterricht strukturell ausfällt, Frau Löhrmann. Schließen Sie die Kienbaum-Lücke und streichen Sie nicht 2.000 Stellen beim doppelten Abiturjahrgang, wie Sie es gemacht haben.**

Frau Löhrmann, sorgen Sie dafür, dass auch im bundesweiten Wettbewerb der Arbeitgeber Nordrhein-Westfalen attraktiv ist. Herr Zimkeit, Sie waren doch einer von denen, die gesagt haben: Ab A13 – also Studienrat – gibt es nicht einmal mehr Inflationsausgleich. **Natürlich, mit so einer Politik kommt kein Bewerber in den nordrhein-westfälischen Schuldienst. Ist doch klar!** Wenn Sie als Dienstherr die Leute so behandeln, dann werden Sie die Kienbaum-Lücke nicht schließen, dann werden die einen Bogen um Nordrhein-Westfalen machen, weil mit qualifizierten Abschlüssen und Staatsexamina gehen die woanders hin, wo sie für ihre Leistungen wertgeschätzt werden.

Sie haben die Leistungs- und Qualitätsstandards stetig und systematisch abgesenkt: keinerlei Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung, teilweise Abschaffung der Ziffernoten, miserable Ergebnisse bei dem Vorhaben „Lesen durch Schreiben“, fehlende Qualitätsstandards im Ganztag und der Inklusion. Die Liste ließe sich fortsetzen. Und zudem: Eine gezielte Förderung von Flüchtlingskindern findet an vielen Schulen nicht mehr statt. Laut Flüchtlingsrat NRW werden Tausende Kinder nicht beschult, und zugleich sind viele Schulen massiv überfordert.

Die Ergebnisse sprechen für sich. Die Ansprüche werden gesenkt, zugleich werden die Noten immer besser. Begabte Kinder interessieren Sie weitgehend gar nicht, und die leistungsschwächeren Schüler werden unter Ihnen sogar noch schwächer. Immer mehr Schüler erreichen in Nordrhein-Westfalen nur das rudimentärste Kompetenzniveau. **Statt kein Kind werden immer mehr Kinder zurückgelassen.**

Der grüne Weg zur leistungslosen Einheitsschule hat das Bildungssystem weder gerechter noch leistungsfähiger und auch nicht stabiler gemacht. Das ist der nüchterne Vergleich zwischen Ihrer Politik seit dem Jahr 2010 und den Ländern, die dieser nivellierenden Ideologie nicht gefolgt sind. Deshalb sollten wir uns wieder an denen orientieren, die den Schulen mehr Freiheit geben, die Vielfalt

im Bildungssystem erlauben und die vor allen Dingen Freude auf Leistung bei Kindern und Jugendlichen wecken wollen.

Wie geht es weiter? – Da erbitte ich mir gleich von Ihnen, Frau Ministerpräsidentin, eine klare Aussage. Ich bitte Sie darum, dass Sie von Ihrer Richtlinienkompetenz Gebrauch machen; denn es gibt in Ihrer Regierung einen offenen Dissens, was die weitere Entwicklung der Stellen im Schulbereich angeht. **Sie wollen zwischen 2018 und 2020 fast 7.000 Lehrerstellen streichen. Nach uns die Sintflut!** Das sind die 7.000 kw-Vermerke, die sich im Haushalt finden. Sie haben im Ausschuss gesagt, Frau Löhrmann – man kann das im Protokoll nachlesen –, das wolle man sich nach der Landtagswahl noch einmal genau ansehen. Dazu kann ich nur raten.

Ja, Frau Löhrmann, Ihre Aussage „wenn die Schüler bleiben, bleiben die Lehrer“ heißt doch, dass Sie mit dem jetzigen Niveau der Unterrichtsversorgung offensichtlich einverstanden sind, denn sonst würden Sie ja keine Lehrerstellen abbauen, wenn die Schülerzahlen zurückgehen. **Ich sage Ihnen: Wenn jetzt die Zahlen der Schülerinnen und Schüler zurückgehen, dann ist doch unsere Chance gerade nicht, proportional genauso viele Lehrerstellen abzubauen, sondern dann ist die Chance, die Qualität zu verbessern.**

Dann haben Sie es jetzt ja schon beantwortet. Ich hatte gedacht, der Finanzminister sagt, es bleibt bei den 7.000 kw-Stellen, wie er im Haushalts- und Finanzausschuss ausgeführt hat. Frau Löhrmann sagt, sie wolle sich das genau ansehen. Ich dachte, Frau Löhrmann beabsichtigt, die Schüler-Lehrer-Relation möglicherweise zu verbessern, und das nach der Landtagswahl in den Koalitionsverhandlungen, mit wem auch immer, zu einem Thema zu machen. Jetzt lerne ich, dass es kein Vorhaben ist und es bei Plänen im Haushalt bleibt. **Das halte ich für verantwortungslos, denn wir können mit unserer Lehrerversorgung an den Schulen in Nordrhein-Westfalen nicht zufrieden sein.**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, zur „Guten Schule 2020“ will ich gar nicht zu viel sagen, das ist ja Ihre Wunderwaffe, gar nicht einmal Ihre Idee, denn der Vertreter der NRW.BANK hat ja in der Fachberatung im Ausschuss geäußert, dass sein Institut auf die Landesregierung zugekommen sei. Kein Wunder, denn Sie, Frau Löhrmann, haben ja im Februar auf „Twitter“ noch geschrieben, marode Schulen seien Sache der Kommunen. Das kann man ja dort nachlesen. Sie sind also von anderen dazu veranlasst worden, das zu machen. **Es ist aber ein Wahlkampfinstrument, bei dem Sie die Schulden geschickt aus der eigenen Bilanz herausholen und überdecken, dass Sie seit Jahren die Schulpauschale nicht erhöht haben.**

Über den Schattenhaushalt NRW.BANK werden Schulden in die Bücher der Städte und Gemeinden überführt. Damit treiben Sie die Verschuldung der NRW-Kommunen weiter nach oben. Und um das zu vertuschen, Herr Finanzminister, achten Sie auf eine möglichst intransparente Umsetzung. Die Schulden sollen nämlich nach Ihrem Erlassentwurf nur nach und nach über einen Sonderposten ausgebucht werden. **Das kann man nicht anders bezeichnen als eine haushaltspolitische Vollverschleierung, die Sie mit Ihrem Erlassentwurf beabsichtigen. Machen Sie es wenigstens transparent.**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mein letzter Punkt, auf den ich zu sprechen kommen muss, sind die Autorität unseres Rechtsstaats und das Sicherheitsgefühl der Menschen. Denn viele Menschen sind angesichts der Bedrohungslage in unserem Land verunsichert. **Und in Nordrhein-Westfalen ist diese Verunsicherung besonders groß. Das liegt vor allem an Innenminister Jäger und seinen zahlreichen PR-Initiativen. Seine Pannenstatistik wäre der Alptraum eines jeden Autoherstellers.**

Hinter den schon ohnehin niedrigen Aufklärungsquoten bei Einbrüchen steht seit einigen Wochen ein dickes Fragezeichen. Übrigens: Wenn die Kollegen von den Piraten sagen, das sei unsere Rhetorik, entgegne ich: Ihr seid mal für Transparenz angetreten, und jetzt deckt ihr einen Minister, der

offensichtlich Statistiken nicht richtig vorlegen kann. Was ist aus euch geworden? **Es ist nicht die Rhetorik, es sind die Zahlen.**

Bei den Aufklärungsquoten gibt es ein Fragezeichen. Der Vorwurf der Schönfärberei steht im Raum. Zu den Verfahren im Nachgang zur Silvesternacht werden jeden Tag neue Zahlen in der Presse nachgeliefert. Auch die Angaben zum Einsatz der Beamten in der Nacht werden fortwährend korrigiert. Bei den Blitzermarathons ist die Zahlenpanne noch unglaublicher. Weil es anders als im Diagramm aus dem Innenministerium keine fallende Kurve bei den Verkehrstoten in den letzten Jahren gibt, ist die gesamte argumentative Grundlage zusammengebrochen. **Während also andere Innenminister mit der Kriminalität kämpfen, kämpft unser Innenminister mit den Statistiken. Das ist eine falsche Schwerpunktsetzung. Das alles ist PR.**

Der nächste öffentlichkeitswirksame Termin steht schon im Kalender. In der Silvesternacht wollen Sie, Herr Jäger, in Köln auf der Domplatte stehen, sofern ich das richtig wahrgenommen habe. **Um dann dort den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten im Weg zu stehen oder was? Oder um mit denen gemeinsam das Feuerwerk zu bewundern, während die tatsächlichen Gefährder auf dem Weg nach Essen, Dortmund und Duisburg sind oder was? Das ist die falsche Schwerpunktsetzung.**

Herr Römer, damit wir uns nicht missverstehen, sage ich: Sie haben ausgeführt, die Polizei in Nordrhein-Westfalen verdiene unser Vertrauen, verdiene auch das Vertrauen dieses Hauses. Ich darf Ihnen sagen: **Unsere Polizei hat das Vertrauen dieses Hauses und meiner Fraktion. Ihre Landesregierung und deren Schwerpunktsetzung haben aber kein Vertrauen.**

Und dann die alten Kamellen: Ihr habt damals zu eurer Verantwortungszeit Stellen bei der Polizei gestrichen. **Die Wahrheit ist, dass der Stellenansatz für neue Bewerber zur Zeit von Herrn Behrens von Ingo Wolf verdoppelt worden ist. Gegenüber Behrens ist der Ansatz verdoppelt worden!** Die damalige schwarz-gelbe Landesregierung hat ermöglicht, dass Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, wenn sie es wünschen, über das 60. Lebensjahr hinaus weiterhin im Dienst bleiben dürfen. Als eine Ihrer ersten Amtshandlungen haben Sie das zurückgenommen und damit die Stellensituation verschärft. Jetzt kommen Sie damit wieder um die Ecke.

Wenn Sie das alles noch nicht überzeugt, sage ich: **Im Jahr 2016 nach Flüchtlingskrise, Migrationswelle und europäischer Arbeitnehmerfreizügigkeit ist die Sicherheitslage anders als im Jahr 2008. Deshalb müssen sich die Haushaltszahlen auch nicht an der Sicherheitslage des Jahres 2008, sondern an der Lage des Jahres 2016 orientieren.**

Jetzt einmal weg von Auseinandersetzungen über die Vergangenheit oder über die PR von Herrn Jäger. Was uns doch eigentlich verbinden müsste, ist doch die Empörung darüber, dass Polizisten im Einsatz angegriffen, dass Polizisten mit Gewalt bedroht werden. **Das ist ein Angriff nicht nur auf die Beamten im Einsatz, das ist ein Angriff auf den Rechtsstaat und damit auf jeden einzelnen von uns. Das kann man nicht hinnehmen. Polizei verdient Respekt.**

Natürlich ist es nicht die persönliche Verantwortung von Herrn Jäger, dass es die Probleme gibt, sondern sie entstehen. Es geht um die Lösung. Heute lesen wir in der „Welt“, dass Polizeibeamte Clanbildungen in bestimmten Stadtteilen ganz öffentlich beklagen müssen – auch in den entsprechenden Anhörungen. Jetzt einmal weg vom politischen Klein-Klein: **Wir alle gemeinsam sind in der Verantwortung, dafür zu sorgen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger auf unsere Rechtsordnung und das staatliche Gewaltmonopol an jeder Ecke und zu jedem Zeitpunkt verlassen können müssen. Wenn sie es nicht tun, erodiert das Vertrauen in unseren Rechtsstaat. Das darf keiner von uns zulassen.**

Ich mache Ihnen ein Angebot, das auch über diese Haushaltsberatungen hinweg steht. Das hat nichts mit dem Klein-Klein zu tun, weil es wirklich um eine zentrale Frage geht. Herr Jäger, man kann sich

über Maßnahmen austauschen. Seit 2014 legen wir Ihnen fortwährend welche vor. Wir warnen vor den Flüchtlingen aus dem Maghreb und empfehlen, dass sie zurückgeführt werden müssen. Wir mahnen an, den Blitzermarathon zurückzunehmen, Polizeieinsätze zu stärken und die Verwaltungsstrukturreform durchzuführen. Lassen wir das alles einmal weg. **Ich biete Ihnen an: Sagen Sie, was Sie wirklich brauchen: an Personal, an Sachmitteln, an Gesetzen und Verordnungen. Sagen Sie, was Sie brauchen, um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu garantieren und unseren Rechtsstaat zu verteidigen, und ich sichere Ihnen zu: Wir werden unideologisch mit Ihnen über genau diese Fragen sprechen und dafür sorgen, dass Sie die Mittel bekommen, die Sie brauchen.**

Herr Römer, Sie lachen darüber. Das dürfen Sie tun. **Aber wenn Sie über einen solchen Vorschlag lachen und dieses Angebot ausschlagen, liegen alle Zahlen bei der Kriminalitätsentwicklung und der Verlust des Vertrauens in staatliches Handeln aber allein in Ihrer Verantwortung.** Das ist der Fall, wenn Sie darüber lachen, anstatt gemeinsam Handlungsfähigkeit zu zeigen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, das ist der letzte Haushalt dieser Legislaturperiode. Wir gehen ins nächste Jahr und in eine harte inhaltliche Auseinandersetzung. Nordrhein-Westfalen ist ein starkes Land; missverstehen Sie bitte nicht, was Ihnen die Opposition vorträgt. **Wir haben volles Vertrauen in die Menschen in diesem Land. Wir glauben auch an seine Stärken. Aber man muss aus den Stärken auch etwas machen.**

Ihre eigene Regierung dokumentiert doch, dass Sie in vielen Fragen fundamental unterschiedlicher Auffassung sind. Die SPD wird daran gehindert, das Richtige zu tun, weil sich ein Regierungspartner ideologisch auf bestimmte Fragen verfestigt hat. Er hat sich festgebissen und festgefahren bei bestimmten Zielen, die nicht mehr erreichbar sind. Deshalb tun Sie diesem Land einen Gefallen und gehen Sie offen in das nächste Jahr. Streiten Sie auch als Koalition, damit jeder die Unterschiede sehen kann. **Sorgen Sie dann dafür, dass die Menschen im nächsten Mai eine Regierung wählen und somit dafür sorgen können, dass diese Koalition der Vergangenheit angehören darf, damit das Land endlich wieder Zukunft hat.**